



Große Mehrheit in Niedersachsen gegen Gentechnik auf dem Acker und im Klassenzimmer

Große Mehrheit in Niedersachsen gegen Gentechnik auf dem Acker und im Klassenzimmer
Greenpeace veröffentlicht repräsentative forsa-Umfrage für Niedersachsen
Den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen lehnen 79 Prozent der Bürger in Niedersachsen ab. 65 Prozent der Befragten erwarten zudem, dass eine landesweite Einrichtung von Gentechnik-Laboren zu einseitigem Unterricht führen würde. Dies hat eine forsa-Umfrage ergeben, die im Auftrag der unabhängigen Umweltschutzorganisation durchgeführt wurde.
Die flächendeckende Einrichtung des Gentechnik-Unterrichts plante die nun abgewählte Landesregierung. Greenpeace erinnert die Koalitionsparteien heute anlässlich der Sondierungsgespräche an ihr Wahlversprechen, eine ökologische und gentechnikfreie Landwirtschaft zu fördern. Greenpeace fordert die Parteien SPD und Grüne auf, das Schulprojekt HannoverGEN zu stoppen.
"Die niedersächsische Bevölkerung möchte nicht, dass ihre Kinder in der Schule einseitig und unsachlich zum Thema Agrogentechnik unterrichtet werden", sagt David Petersen, Gentechnik-Ansprechpartner von Greenpeace Hannover. "CDU und FDP haben jahrelang eine einseitige Politik zugunsten der Agrarindustrie betrieben. Die Interessen von Verbrauchern und bäuerlicher Landwirtschaft haben sie ignoriert." Bislang haben rund 6.000 Schülerinnen und Schüler die HannoverGEN-Labore an vier Schulen in der Region Hannover seit Projektbeginn 2008 besucht.
Nur 26 Prozent der Bevölkerung glaubt an sachlichen Unterricht in Gentechnik-Laboren
Das forsa Institut stellte 1.006 Menschen vom 4. bis 21. Januar 2013 in Niedersachsen folgende Fragen: "Wie stehen Sie generell zu dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Niedersachsen?" und "Glauben Sie, dass die Schüler durch die Einrichtung dieser Labore ausgewogen und sachlich über das Thema Gentechnik informiert werden oder teilen Sie die Befürchtung, dass der Unterricht zu einseitig ausgerichtet wird?" Lediglich 26 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung glauben, dass die Schüler ausgewogen und sachlich über das Thema Gentechnik informiert würden.
Gentechnik-Schulprojekt HannoverGEN: Viel Geld für einseitige Ausrichtung
Das Modellprojekt HannoverGEN geriet immer wieder massiv in die Kritik. Eine wissenschaftliche Analyse der Schulmaterialien belegte 2012 die Einseitigkeit des Projektes. Laut der Kurzstudie verharmlose HannoverGEN Risiken und diffamiere Kritiker der Gentechnik (<http://bit.ly/SLWAQc>). Bislang hat die Landesregierung trotz wiederholter Anfrage von Greenpeace eine Stellungnahme verweigert.
Anstatt dessen plante die Landesregierung flächendeckend die landesweite Ausweitung der Gentechnik-Labore.
Greenpeace liegen Planungsunterlagen vor, denen zufolge das Projekt über 13 Millionen Euro kosten würde. "Statt das Geld in eine ausgewogene und umfassende Bildung zu stecken, sollte Gentechnik in der Landwirtschaft mit Steuermitteln hoffähig gemacht werden. Die neue Landesregierung muss umsteuern", fordert Petersen, "Wir erwarten von der SPD und den Grünen, das skandalöse Projekt HannoverGEN und dessen landesweite Ausdehnung zu stoppen."

Pressekontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Firmenkontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Seit 1971 setzt sich Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen ein. Gewaltfreiheit ist dabei das oberste Prinzip. Die Organisation ist unabhängig von Regierungen, politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen. Greenpeace arbeitet international, denn Naturzerstörung kennt keine Grenzen. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist*innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.